

inszenierte sich *Brorhilker* in der Rolle der naiven, von der ausufernden Arbeitslast absolut überforderten jungen Staatsanwältin, in deren Büro sich Berge von Akten bis unter die Decke stapelten – die aber alle leer waren.

Noch problematischer erscheint jedoch die Rolle, die das Geschlecht in der Öffentlichkeit spielt. *Brorhilker* kritisiert, dass Frauen in der Ausübung von öffentlichen Ämtern und in ihrer freien Rede in der Öffentlichkeit abwertend entgegengetreten wird: „Frauen wurde dieses Recht der öffentlichen Rede kaum zugestanden. Ich fürchte, an dieser Situation bzw. der dahinterstehenden Mentalität hat sich bis heute noch nicht so viel geändert, was unter anderem Kampagnen gegen Frauen begünstigt, die öffentliche Rollen einnehmen und sich zu Wort melden.“⁵

Abschließend berichtet *Brorhilker* über ihre neue Tätigkeit als Vorständin einer Nichtregierungsorganisation. Dieser geht sie nach, seitdem sie ihren Beamt*innenstatus aufgegeben hat. In der Bürgerbewegung Finanzwende e.V. arbeitet sie unter

anderen Arbeitsbedingungen und setzt sich für faire, stabile und nachhaltige Finanzmärkte ein.

Mit einem Aufruf, auch unter widrigen Bedingungen aktiv zu werden, politische Prozesse mitzugestalten – beispielsweise in der ehrenamtlichen Arbeit im Verein – motiviert *Brorhilker* zu gesellschaftlichem Engagement und schließt so ihr Buch ab: „Wir haben das geschafft, und zwar, obwohl die Bedingungen nicht ideal waren. Es ist mir wichtig, das zu betonen, denn ich habe den Eindruck, dass oft darauf gewartet wird, dass die Bedingungen ganz besonders günstig sind. (...) Wir sollten uns informieren, eine Meinung zutrauen und diese auch vertreten. Denn auch als Zivilgesellschaft haben wir die Möglichkeit, Einfluss zu nehmen. Wir sind nicht machtlos.“⁶

5 Ebd., S. 214.

6 Ebd., S. 241, 245.

DOI: 10.5771/1866-377X-2026-1-47

Nachruf auf Rita Süßmuth

Josephine Staneker

Referendarin in der djB-Geschäftsstelle, Berlin

„Wir dürfen die Welt nicht den Wahnsinnigen überlassen“ – mit diesem Appell überschrieb Prof. Dr. Rita Süßmuth eines ihrer späten Bücher und fasste damit zugleich jene drei Eigenschaften zusammen, die ihr Wirken prägten: Mut, Menschlichkeit und Unbeirrtheit. Diese Haltung machte sie zu einer Politikerin, die ihrer Zeit häufig voraus war und die – oft gegen Widerstände – nie aufhörte, für Gleichstellung, Solidarität und gesellschaftliche Teilhabe zu kämpfen.

Geboren 1937 in Wuppertal, fand die Erziehungswissenschaftlerin ihren Weg in die Politik vergleichsweise spät. Erst 1981 trat sie der CDU bei. Schon vier Jahre später berief Bundeskanzler Helmut Kohl sie zur Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit. 1986 wurde – auf ihre Initiative hin – erstmals „Frauen“ in den Namen des Ministeriums aufgenommen.

Süßmuth (selbst Hochschullehrerin und Mutter) setzte sich in ihrem politischen Wirken vehement für die Belange von Frauen ein und warb für eine bessere Vereinbarkeit der Familie mit anderen Lebensbereichen für beide Partner*innen. Ihrer Meinung nach sollte Familienpolitik nicht nur auf Verheiratete beschränkt werden. In ihrer Amtszeit wurden erstmals drei Jahre für Kindererziehungszeiten von Müttern und Vätern in der gesetzlichen Rentenversicherung anerkannt.

Süßmuth war mit ihren Positionen und Forderungen nie eine Funktionärin im Strom der eigenen Partei. Im Gegenteil: Sie vertrat Positionen, die der Union viel abverlangten. Gerade diese klare, eigene Haltung brachte ihr große Bekanntheit und Popularität ein.



▲ Foto: Stella v. Saldern im Auftrag des Deutschen Bundestages / Lizenz: CC BY-SA 4.0, Wikimedia Commons

Während konservative Unionspolitiker in den 80ern und 90ern sich für eine Art Kasernierung der AIDS-Erkrankten stark machten, setzte Süßmuth den Grundsatz „Prävention statt Ausgrenzung“ durch. Sie forderte einen sachlichen und menschlichen Umgang: „Wir müssen die Krankheit bekämpfen, nicht die Kranken.“ 1987 stieß sie die Gründung der Nationalen AIDS-Stiftung an. Bis zu ihrem Tod blieb sie Ehrenvorsitzende.

Auf Basis ihrer Vorarbeiten verabschiedete der Essener CDU-Parteitag 1985 Leitsätze für eine neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Auch das Erziehungsgeld geht mit auf sie zurück.

Bei der Reform des § 218 StGB warnte sie: „Hören wir endlich auf, die Frauen für entscheidungsunfähig, für nicht verant-

wortungsfähig zu halten.“ und unterstützte eine Gruppenantrag von SPD, FDP, B'90/Grüne und PDS für das Entscheidungsrecht der Frau. Für diese Haltung wurde sie von konservativen Parteifreunden angegriffen, teils diffamiert und blieb doch unbeirrt. Ihr Einsatz für Frauenrechte war für sie keine „Frauensache“, sondern Grundlage demokratischer Gerechtigkeit.

Lange galt Süßmuth in der CDU als „Lovely Rita“ – eine Frau, die dafür sorgte, dass die Partei auch für Wählerinnen attraktiv wurde. Doch zwischen Kohl und Süßmuth kam es im Laufe ihrer Zeit als Bundesministerin zu immer weiteren Spannungen. Offen kritisierte sie den Bundeskanzler und die politische Linie ihrer Partei. Nach nur drei Jahren als Bundesministerin wurde Rita aus dem Kabinett komplementiert; sie sollte stattdessen Bundestagspräsidentin werden.

1988 wählte der Bundestag sie mit großer Mehrheit zu seiner Präsidentin. Auch wenn sie selbst diesen Wechsel als Niederlage empfand, war ihre Ernennung jedoch ein Gewinn und Mehrwert für alle Parlamentarier*innen. Zehn Jahre lang leitete sie, wie sie es selbst nannte, die „Werkstatt der Demokratie“ – und prägte das Parlament mit ihrem Stil: offen, zuhörend, dialogorientiert und immer für ein gerechtes Miteinander.

Für den djb bleiben vor allem zwei Reden von Süßmuth unvergessen: 1989 hielt sie anlässlich der 28. Bundestagung des

djb die Festrede zum Thema „Gleiche Rechte und Chancen für Frauen – Gestern – Heute – Morgen“ und 2001 war ihr Vortrag der Höhepunkt beim Sommerempfang des djb-Landesverbands Berlin. Süßmuth sprach hier gewohnt engagiert über die Notwendigkeit von Frauenpolitik, Frauenlobbyismus und Networking.

Bis ins hohe Alter mischte sie sich ein, blieb streitbar, warnte vor gesellschaftlicher Verrohung und ermutigte jüngere Generationen, gegen den Strom zu schwimmen. Ob in der Limbach-Kommission zur Rückgabe NSverfolungsbedingt entzogenen Kulturguts, als Präsidentin des Deutschen Polen-Instituts oder als Unterstützerin Geflüchteter. 2025 veröffentlichte sie „Iran im Wandel“, ein Plädoyer für Solidarität mit denjenigen, denen Freiheit verwehrt bleibt – darunter wieder insbesondere Frauen.

Süßmuth hatte im Juni 2024 eine schwere Brustkrebskrankung öffentlich gemacht, aber trotz Chemotherapie ihre politische Arbeit fortgesetzt. Sie wolle weiter dazu beitragen, dass es der Gesellschaft besser gehe – „Dafür gebe ich alles“.

Am 1. Februar 2026 starb Rita Süßmuth im Alter von 88 Jahren. Deutschland verliert eine Vorkämpferin für Gleichberechtigung, eine unbequeme Demokratin und eine leidenschaftliche Menschenfreundin. Ihr Wirken bleibt – als politische Wegbereiterin, als Vorbild für Frauen in der Politik und als Stimme gegen Gleichgültigkeit.